

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

6.7.1921 (No. 154)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur C. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Zeitungspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 M.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gebaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kaszenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### \* Politische Streiflichter.

Am Samstag der vorigen Woche erschienen, wie auf höheren Wink, in der Pariser Regierungspresse Artikel, die in überraschender Weise ein Einlenken Frankreichs in der Frage der Sanktionen erkennen ließen. Es müssen also Dinge hinter den Kulissen gespielt haben, die so bedeutsam waren, daß sie der französischen Regierung gewissermaßen über Nacht eine nochmalige Prüfung ihres bisherigen Standpunktes nahe legten. Wie es heißt, hat England einen scharfen Druck ausgeübt. Gleichzeitig sollen aber auch Belgien und Nordamerika, die wirtschaftlich an der Aufrechterhaltung der Sanktionen gar kein Interesse haben, in Paris vorstellig geworden sein. Und so sind es denn auch in erster Linie die wirtschaftlichen bzw. sozialpolitischen Bestimmungen der Sanktionen, deren Aufhebung von der Pariser Regierungspresse als erwünscht anerkannt wird.

Einstweilen hören wir natürlich nur die Botschaft. Glauben werden wir ihr erst dann schenken dürfen, wenn eine offizielle Benachrichtigung vorliegt. Daß die deutsche Reichsregierung mit aller Entschiedenheit für die Aufhebung der durch nichts mehr gerechtfertigten Sanktionen eintritt, haben wir ja u. a. auch aus der Reichstagsrede des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Rosen entnehmen dürfen. Wenn wir den mit dem Londoner Ultimatum übernommenen Verpflichtungen genügen wollen, müssen wir eine größere wirtschaftliche Bewegungsfreiheit erhalten und von jenem Zwang befreit werden, der unsere Produktion und Arbeitskraft lähmt. Von diesem Standpunkt aus verlangen wir aber nicht nur die Aufhebung der Sanktionen, sondern auch eine Entscheidung in der obersten politischen Frage, die das eigentliche Industriegebiet ungeteilt bei Deutschland beläßt. Was Oberschlesien betrifft, so herrscht hier allerdings noch vollkommene Dunkelheit. Einstweilen wehrt sich Frankreich dagegen, daß nach den Grundfäden der Gerechtigkeit verfahren wird.

Daß die Reichsregierung bzw. der Reichskanzler selber nach wie vor an der Notwendigkeit einer recht breiten Regierungsbasis festhält, geht u. a. auch aus einem Artikel des offiziellen Berliner Organs der Zentrumsparlei, der „Germania“ hervor. Das Blatt legt vor allem Wert auf die Feststellung, daß, wenn heute die Deutsche Volkspartei nicht mehr in der Regierung sitze, die Hauptschuld daran ihr selbst zuzuschreiben ist. Wörtlich läßt es sich folgendermaßen vernehmen: „Man stellt es in den Kreisen der Rechten immer so dar, als sei der gegenwärtige Reichskanzler ein durch und durch radikaler Politiker. Das ist nach unserer Kenntnis der Dinge ganz falsch. Niemand weiß besser als Dr. Wirth, daß die großen finanziellen Fragen, ohne deren Lösung wir niemals Deutschland retten können, nicht nur steuerliche, sondern auch parteipolitische Probleme sind. Sie lassen sich nur lösen mit einer großen Koalition, und diese hat Dr. Wirth bei der Übernahme der Regierung auch nach rechts hin gesucht, ja die Koalition von Stresemann bis Scheidemann wäre ihm am Tage der Annahme des Ultimatums gegliedert, wenn nicht die Deutsche Volkspartei damals alle Brücken zur Reichsregierung hinter sich abgebrochen hätte. Die Linksrückung der Regierungspolitik sei, so fährt die „Germania“ fort, in entscheidendem Maße eine Schuld der Volkspartei, nicht des Zentrums. Die Volksparteiler hätten ihre Stunde verpaßt, den Kurs der mittleren Linie sicherzustellen. Sie hätten sich durch die Demagogie von rechts beirren lassen und den Mut nicht gefunden, die Tat auf die Erkenntnis folgen lassen, daß die zur Rettung Deutschlands notwendige Belastung von Produktion und Konsum sich nicht im Kampfe mit der Sozialdemokratie durchführen lasse. Das Zentrum werde seinen als richtig erkannten Weg mit oder ohne Erzberger gehen. Aber es werde auch nie vergessen, daß es die Politik der Deutschen Volkspartei gewesen sei, die ihm das Durchgehen der mittleren Linie unnötig erschwerte, ja daß diese Partei dafür verantwortlich zu machen sein werde, wenn es hier und da nicht gelingen sollte, den mittleren Kurs in vollem Umfang festzuhalten.“ — An diesen Auslassungen der „Germania“ ist nicht nur das eine wichtig, daß sie mit der Haltung der Deutschen Volkspartei abrechnen, sondern noch viel mehr das andere, daß aus ihnen

der grundsätzliche Wunsch des Reichskanzlers, auch die Deutsche Volkspartei zur positiven Mitarbeit zu gewinnen, von neuem klar hervorgeht.

Obwohl das Denken des deutschen Menschen in der zweiten Hälfte des vorigen und in den beiden ersten Jahrzehnten des jetzigen Jahrhunderts im Zeichen einer historisch orientierten Mentalität stand, hat die Gabe geschichtlicher Betrachtung, die Kunst richtig wertender Geschichtsauffassung sich keineswegs so intensiv verbreitet, als es der Exzelsität des historischen Interesses entsprächen hätte. Die Zahl derer, die aus der Geschichte der Jahrhunderte ebensowenig gelernt haben, wie aus der Geschichte der letzten Jahre, ist noch immer erschreckend groß. Eine Lieblingsdoktrin dieser unbelehrbaren Kreise ist die, daß die Revolution im Herbst 1918 „von ein paar Matrosen gemacht“ worden sei. Vergessen diese Leute schon ganz die für die geschichtliche Betrachtung höchst wichtige Tatsache, daß die mit Genehmigung der alten Gewalten vollzogene Umwandlung zum parlamentarischen System nach englischem Muster bereits fünf Wochen vor der eigentlichen Revolution Tatsache wurde, ignorieren sie also diese außerordentlich bedeutsame, wenn auch völlig unblutig verlaufene „Revolution zugunsten jener, die dann in gewalttätiger Form fünf Wochen später erfolgte, so lassen sie mit derselben Blindheit des historischen Fühlens alle die Ursachen und Entwicklungstadien außer Acht, die die Revolution vorbereiteten und ihren raschen, verblüffenden Erfolg überhaupt erst erklärlich machen. Gäßen diese Ursachen und Tatsachen nicht bestanden, so wäre es jenen paar Matrosen wahrlich nicht gelungen, in der Frist von einer Woche Deutschland in eine Republik umzuwandeln.

Ein konserverativer Politiker, Adam Röder-Karlsruhe, ist es, der dieser Tage in einem Artikel seiner „Süddeutschen Konserverativen Korrespondenz“ die ähnliche Erkenntnis vertrat. Er schreibt dort u. a.: „Es wäre eine interessante Aufgabe für einen Historiker, nachzuweisen, wieviel Revolutionen im Laufe der Entwicklung im Keime erstirbt wurden durch rechtzeitige Reformen. Es ist mit den Revolutionen wie mit den Kriegen: gar viele können verhindert werden. Sind erst Revolutionen da, dann kann man mit Zug und Recht behaupten, daß Staat und Gesellschaftes an rechtzeitiger Reformarbeit haben fehlen lassen. Die Revolution von 1918 wurde gewiß nicht von ein paar meutehenden Matrosen gemacht, auch nicht durch den Dolchstoß von hinten, wie unwissende alldeutsche Mensurjuden behaupten. Wollte man dieser Revolution mit einer so einfachen und billigen Formel beikommen, dann könnte man noch eher behaupten, daß die Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen durch die Ostelbier die Revolution entfachte, obwohl doch ein leibhaftiger Graf und konserverativer Mann wie Graf Hertling die Ostelbier kniefällig hat, den Reformen zuzustimmen, denn es ginge um den Bestand der hohenzollerischen Monarchie.“ — Wer über die Gabe historischer Einfühlung verfügt, wird diesen Worten restlos zustimmen müssen.

### Politische Neuigkeiten. Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Juli. Zunächst werden Anfragen erledigt, darunter folgende: Abg. Dr. Deermann (Bayr. Vpt.) wünscht, daß bei der Teuerungssatzpolitik der normale Friedensstandard zugrunde gelegt wird. Ein Regierungsvorredner erklärt, daß die Teuerungssatzpolitik den Zweck habe, die Teuerungsschwankungen zwischen den verschiedenen Orten darzustellen. Wenn man vom Friedensstandard ausgehen wollte, würde eine Änderung sämtlicher Zahlen notwendig sein. — Die Frage der Verleihung des Professorenstitels an Angehörige der freien Berufe, namentlich an Ärzte — Anfrage Dr. Deermann (Bayr. Vpt.) — wird erwoogen. — Die Kosten des Balltänztrennens — Anfrage Künzler (Unabh.) — stehen ziffernmäßig noch nicht fest. Graf von der Goltz verhandelte im Auftrag der damaligen Reichsregierung. — Abg. von Graefe (D. Natl.) führt Beschwerde darüber, daß der Oberleutnant zur See Boldt gefesselt nach Leipzig transportiert wurde. Die Regierung wartet erst die amtlichen Ermittlungen ab und wird schriftliche Antwort geben. — Auf eine Ergänzungsfrage, ob die Regierung nicht jetzt schon ihr Bedauern über den Fall ausdrücken wolle, wird erklärt, daß erst die Feststellung des Sachverhalts abgewartet werden müsse. — Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Gewährung von Beihilfen an Renteneempfänger der Angestelltenversicherung. Die Beihilfe beträgt bei Ruhegehaltsempfängern monatlich

70 M., die Witwenrente monatlich 75 M. und die Waisente rente monatlich 80 M. Der Ausschuss hat die wichtigsten Bestimmungen der Vorlage zur Abänderung des Angestelltenversicherungsgesetzes mit dem vorliegenden Gesetz verbunden und auch einen Artikel 2 eingefügt. Danach beträgt die Einkommensgrenze, die für die Heranziehung zur staatlichen Angestelltenversicherung maßgebend ist, nicht nur 15 000, sondern 30 000 M. Es werden die Klassen K (5—10 000 M.), L (10—15 000 M.) und M (mehr als 15 000 M.) eingefügt. Die Beiträge betragen in der Gehaltsklasse K 33,20 M., in der Klasse L 40 M., M 48 M. Diese Bestimmungen sollen am 1. August 1921 in Kraft treten. Das Rentengesetz gilt vom 1. Jan. 1921 ab.

Der grundlegende Paragraph 1 der Rentenvorlage wird einstimmig angenommen. Der Kompromißantrag Ertelenz zur Änderung des Angestelltenversicherungsgesetzes wird gegen die Kommunisten angenommen. Einstimmig wird beschlossen, daß die Bestimmungen getroffen werden soll, wonach nur Männer wählbar sind. Der Rest des Gesetzes wird in zweiter Lesung angenommen.

Es folgen dann die bei den Haushaltsberatungen zurückgestellten Bestimmungen.

Ein Antrag der Linken, die Forderung für die Verbilligung des Meises zu streichen, wird abgelehnt. Ein deutsch-nationaler Antrag die Regierung zu ersuchen, Setzungsdruckpapier aus der Tarifklasse A in die Klasse B, unter Fortfall einer besonderen Gebühr für die Bestellung von Wagen, mit Wirkung vom 1. April 1921 zu versehen, wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. — Ein Kompromißantrag, der eine besondere Regelung der Beförderungsverhältnisse der Lokomotivführer verlangt, wird abgelehnt. — Ein Antrag Vergt (D. Natl.), der erhebliche Ersparnisse bei den Kosten der Beamten- und Arbeitervertretungen fordert, wird gegen die Rechte abgelehnt. — Ein Antrag Munro (D. Natl.) und Dr. Cremer (D. Vpt.), die Reichszentrale für Heimatdienst am 1. Oktober zu schließen und nur diejenigen Arbeiten fortzuführen, deren Fortführung im Reichsinteresse geboten scheint, wird gegen die Rechte und die deutsche Volkspartei abgelehnt. — Angenommen wird der Ausschussantrag über die Umgestaltung der Zentrale und die Einsetzung eines parlamentarischen Beirates verlangt. — Das Gesetz zur Überwachung des Verkehrs mit Postpaketen wird nach einer ablehnenden Erklärung des Abg. Zubeil (Unabh.), in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ebenfalls angenommen wird in dritter Lesung das Wehrmachtverpflegungsgesetz.

Zur Beratung gestellt ist dann die Interpellation über den Stand des Verfahrens gegen von Jagow.

Reichsjustizminister Schiffer antwortet auf die Interpellation u. a. folgendes:

Jagow erklärte in der „Kreuzzeitung“, er sei seit dem März 1920 nicht einen Tag krank gewesen. Er will also wohl sagen: Wieso kommt der Justizminister dazu, mich als krank zu bezeichnen? Wenn er das tut, so geschieht es um die Unfähigkeit und Untätigkeit der Justiz zu kennzeichnen. Dagegen protestiere ich. Das ist die größte Verhöhnung und Verspottung der Justiz (Zuruf links: die sie verdient.) Ich habe bereits in der letzten Sitzung darauf hingewiesen, daß der Krankheitszustand des Herrn von Jagow eine ganz außerordentliche Rolle gespielt hat und zwar weil er sich selbst darauf berufen hat. (Hört! Hört!) Herr von Jagow hat selbst seinen Verteidigern wörtlich geschrieben: „Die Untersuchungschaft wäre mit meiner Ermordung gleichbedeutend; denn ich war in meiner Jugend schwer tuberkulös und lebe nur dadurch, daß ich eine Stunde täglich reite und seit Abschaffung der Pferde eine Stunde täglich Trab laufe. (Stürm. Geisterzeit.) Meine Erklärung steht also nicht im Widerspruch zu allen Erklärungen des Herrn von Jagow, sondern nur zu seiner letzten Erklärung. (Wolff Hoffmann: Und wann wird er verhaftet?) Seien Sie doch nicht so blutdürstig. Das Auftreten Herrn von Jagow verhöhnt gegen den Staat und gegen den Gedanken des Staats. Das ist das Furchtbare, daß er als ein Mann in gehobener Stellung die Grundlage des Staates erschüttert. Und wie wirkt diese Haltung des Herrn von Jagow auf das Ausland, demgegenüber wir die Unparteilichkeit und Autorität des Reichsgerichts zum Ausdruck bringen müssen? Schon am 22. März 1920 wurde der Haftbefehl gegen Jagow erlassen; am 25. März erfolgte die Vermögensbeschlagnahme, am 26. wurde die Belohnung von 10 000 M. für seine Ergreifung ausgesetzt, am 28. August wurde der Amnestieantrag seiner Verteidigung abgelehnt. Am 24. November erklärten die Verteidiger dem Justizministerium, daß Jagow sich in wenigen Tagen stellen werde, wenn der Haftbefehl aufgehoben werde; der Antrag wurde abgelehnt. Auf eine erneute Eingabe beschloß das Reichsgericht am 26. November 1921 die Aussetzung der Vollstreckung des Haftbefehls gegen Leistung der Sicherheit von 500 000 M., eine Verdunklungsgefahr bestand nicht. Am 5. Mai erschienen von Jagow auf Ladung zum Verhör. Er gab seine Wohnung als in Potsdam, Bürgerstraße 7, gelegen, an. (Erneute Bewegung.) Davon hätte der Öffentlichkeit Kenntnis gegeben werden sollen. (Sehr richtig!) Dann wäre die Verwirrung vermieden worden. Ich selbst stand unter dem Eindruck, daß der Aufenthalt Jagows unbekannt sei; ich wußte auch nicht, daß er zur Vernehmung erschienen sei. Zu Herr Jagow selbst erklärte, daß er gesund sei, habe ich an den Oberreichsanwalt die Weisung gerichtet, den Entschluß des Reichsgerichts darüber herbeizuführen, ob Jagow nunmehr verhaftet werden solle. Der Oberreichsanwalt hat auch einen solchen Antrag gestellt. Diesen Antrag hat das Reichsgericht gestern abgelehnt. (Wolff, Hört! Hört!) Das Reichsgericht hat den Erfolg gehabt, daß Herr von Jagow sich gestellt hat. Es ist der Ansicht, daß er sich auch zur Hauptverhandlung stellen wird. Es sind weitere Zeugen benommen und am 9. Mai die Voruntersuchung abgeschlossen worden. Am 18. Juni begann die Auffstellung. Die Anklageschrift ist jetzt fertig und wird in 8—10 Tagen dem Reichsgericht zugehen. Die Angelegenheit ist jetzt in den Händen des Reichsgerichts. (Zuruf links: Da liegt sie gut!)

In der Aussprache ergreifen das Wort die Abg. Dr. Radbruch (Soz.), Warmuth (Deutschnall.), Gerkfeld (Komm.) und Moses (Unabh.).

Über ein kommunistisches Misstrauensvotum gegen den Finanzminister wird am Mittwoch abgestimmt. Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr: Kleine Vorlagen, dritte Lesung des Nachtragsetats, Erhöhung der Diäten für Reichstagsabgeordnete, Branntweinmonopol.

Berlin, 5. Juli. Der Ältestenrat, der sich heute nach dem Plenum mit dem Geschäftsordnungsplan beschäftigte, hält noch immer in der Hoffnung fest, daß die Arbeiten vor der Sommerpause am Donnerstag abgeschlossen werden können. Der Wiederzusammentritt soll alsdann am 6. September stattfinden, und zwar sollen dann in erster Lesung sämtliche Steuerfragen, die mit den Reparationen zusammenhängen, vorgekommen werden.

### Das Steuerprogramm der Reichsregierung.

Der Reichskanzler wird heute vormittag vor der Reparationskommission des Reichswirtschaftsrates und am Nachmittag im Plenum des Reichstages in großen Umrissen das Steuerprogramm der Reichsregierung mitteilen. Der Gesamtbetrag, der zur gänzlichen oder wenigstens teilweisen Deckung des Anlandsbedarfs und der sich aus der Annahme des Ultimatums ergebenden Verpflichtungen jährlich durch bestehende, erweiterte oder neue Steuern aufgebracht werden soll, beläuft sich auf etwa 80 Milliarden Papiermark. Diese ungeheure Summe soll zur einen Hälfte durch direkte, zur anderen Hälfte durch indirekte Steuern aufgebracht werden. Es ergäbe sich dann ungefähr folgende Gliederung:

1. **Besteuerungen.** Zu ihnen würden gehören die Einkommensteuer, die durch eine stärkere Erfassung ertragreicher gestaltet werden soll, die erhöhte Körperschaftsteuer, die Kapitalertrag- und die Kapitalverkehrssteuer, die Erbschaftsteuer, die eine mäßige Erhöhung erfahren soll, die eigentlichen Besteuerungen, namentlich die laufende Vermögenszuwachssteuer und das Reichsnotopfer, das veredelt werden soll. Die Reform des Reichsnotopfers ist in der Form gedacht, daß seine Einziehung auf 10 Jahre komprimiert werden soll. Bei ihrer Bemessung soll vom Gegenwert ausgegangen, der Geldwertverteilung also Rechnung getragen werden. Im aber bei der Unsicherheit des Marktwertes Ungerechtigkeiten zu vermeiden, soll die Veranlagung von zwei zu zwei oder von zwei zu drei Jahren erfolgen. Zu den Besteuerungen werden auch die **Ergänzungssteuern der Einzelstaaten** hinzugerechnet. Der Gesamtertrag der Besteuerungen wird auf 40 Milliarden geschätzt.

2. **Steuern auf Getränke und Tabak.** Diese nicht erhöht werden, bei denen aber die bestehenden Erleichterungen in Fortfall kommen sollen. Ihr voraussichtliches Jahreserträgnis wird auf 5 bis 6 Milliarden geschätzt.

3. **Sonstige direkte Steuern.** Sie werden in der Hauptsache durch Erhöhung der Umsatzsteuer von 1½ auf 3 Prozent, durch eine mäßige Erhöhung der Kohlensteuer, durch die Leuchtmittelsteuer, die Zündholzsteuer und einige andere kleine Steuern aufgebracht werden. Das Jahresergebnis wird mit etwa 32 Milliarden angenommen.

Man entnimmt aus dieser ungefähren Aufstellung, daß sich die direkten und indirekten Steuern ungefähr die Waage halten. Die direkten Steuern sind um wenige Milliarden höher veranschlagt als die indirekten. Dieses Gleichgewicht zwischen direkten und indirekten Steuern ist zweifellos das Ergebnis politischer Erwägungen, die darauf gerichtet sind, die parlamentarischen Schwierigkeiten für die Durchführung des Steuerprogramms zu verringern und auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Der Reichstag dürfte im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers und die Debatte die Einsetzung einer besonderen Steuerkommission beschließen, der während der Sommerferien die Vorberatung der einzelnen Steuerentwürfe obliegen würde.

### Eine Rede Rathenau's.

Gelegentlich der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse führte vor dem Hamburgischen Ausschuß für den Wiederaufbau Minister Dr. Rathenau in einer Rede u. a. aus: Das Problem des Wiederaufbaues ist nur ein Ausschnitt aus dem großen europäischen Problem, das nicht durch die Mittel der Politik, nicht von Einzelnen, nicht von Regierungen, sondern nur von den Völkern selbst und der Macht der Er-

kenntnis gelöst werden kann. Es handelt sich darum, einen Kontinent wiederherzustellen. Die Lösung des Problems wird darin bestehen, daß die große Verflochtenheit der europäischen Nationen, die freiwillige oder unfreiwillige Schicksalsgemeinschaft eines ganzen Kontinents erkannt wird und daß Konsequenzen gezogen werden, die die Zeit und Not fordern. Verflochten sind die Länder zunächst nur durch die Kette ihrer materiellen Verflechtung. Es gibt heute kein Land, das nicht verflochten wäre, mit Ausnahme des großen Reiches jenseits des Ozeans. Generalgläubiger der Welt ist Amerika, Generalschuldner Deutschland, und zwischen ihnen eingeschaltet sämtliche Nationen gleichzeitig als Schuldner und Gläubiger, jede der anderen verbunden und verpflichtet.

Weiterhin sind die Länder verflochten durch die Entwertung ihrer Geldmittel. Minderwertig ist das Geld aller europäischen Nationen. Innerhalb der Geldsysteme aber besteht ein System kommunistischer Mächte, das verhindert, daß der eine sich erholt, während der andere leidet. Sodann sind die Nationen unter einander verquidelt durch den Begriff des Wiederaufbaues, dessen alle bedürfen. Zerfällt sind alle in ihrem wirtschaftlichen Leben. Diese Verflechtung schmeißt die Nationen zusammen zu einer Interessens- und Naturgemeinschaft; denn der Wiederaufbau des einen Landes kann nicht geschehen, wenn der Wiederaufbau der übrigen nicht erfolgt.

Die Verbundenheit geht noch weiter: denn wir müssen uns klar darüber sein, daß die heutigen Territorien Europas klein sind. Die kleinen europäischen Territorien werden, wenn sie sich ihres Zustandes nicht bewußt werden, nicht imstande sein, die großen technischen Aufgaben der Zukunft zu lösen; denn die technische Führung liegt da, wo die Größe der Produktion liegt. Die Größe der Produktion aber ist bedingt durch die Größe des Konsums, d. h. die Größe des Territoriums. Vor allem aber sind die Länder Europas verbunden durch eine Krise, die über ihnen schwebt. Viele sind geneigt, die Krise anzusehen als eine vorübergehende Erscheinung, die geheilt werden könnte durch die einfachsten Mittel, mit denen man früher wirtschaftlichen Erschütterungen begegnete. Im Irrtum sind, die da glauben, diese Krise sei eine organische Krankheit des tief leidenden Gesamtwirtschaftskörpers. Von den Bewohnern des Planeten sind 800 Millionen als Konsumenten ausgeschaltet. Durch diesen Krieg hat eine Umwälzung unter der Bevölkerung stattgefunden, die leider allzu schwer den Ständen der Intelligenz mitgespielt hat, die dadurch als Konsumenten ausgeschieden sind. Eine Umstellung des Produktionsprogramms wird hierdurch erforderlich, die nicht in wenigen Jahren vollzogen werden kann.

Wenn wir diese Übersicht der Gebundenheiten an uns vorüberziehen lassen, dann sollte man glauben, daß keine Winnie des europäischen und des Weltlebens verloren gehen dürfe, in der nicht die Kenner des Wirtschaftslebens der Welt zusammenzutreten und von früh bis spät beraten, wie diese Krankheit zu heilen sei. Wenig ist davon zu sehen. Noch immer herrscht der Gedanke, als könne der eine gegeben, wenn der andere verdirbt. Noch immer herrscht der Gedanke der Verflechtung, der Vergeltung. Gegenwärtig scheint die Politik die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln zu sein. Es ist zu befehlen, daß die Absicht gegen den Krieg sich in die Seelen aller Menschen eingewurzelt hat. Wir Deutsche teilen diese Sehnsucht nach dauerndem Frieden. Doch können wir nicht begreifen, daß der Gedanke einer Sicherheit, wie man ihn zu fassen können glaubt, heute die Öffentlichkeit außerhalb Deutschlands stärker bewegt als der Gedanke wirtschaftlicher Notwendigkeiten. Die wahre Sicherheit der Nationen und des Weltfriedens beruht nicht auf individualistischen Grundlagen, sondern auf dem Gefühl der Verflochtenheit sämtlicher Glieder der Welt zu einem Ganzen. Und die Welt wird dann am gesicherteren und gesündesten sein, wenn die Lebensnotwendigkeit eines jeden erkannt wird. Unter denjenigen Nationen, mit denen wir im Kriege gelebt haben, hat sich der Gedanke festgesetzt, es könne ein Goldstrom entspringen, gestaut und gefangen werden, der von Deutschland ausgeht und alle anderen zur Gelandung führt. Ich lasse es ungeprüft, ob eine Fesselung durch einen Goldstrom, der von einem Lande ausgeht, der Welt zugute kommen würde — aber zweifellos, ein solcher Goldstrom wird kaum entstehen! Wir Deutsche sind verpflichtet durch unsere Unterwerfung. Wir werden sie erfüllen und bis an die Grenzen unseres Könnens gehen, um die Ehre unseres Namens zu wahren, der als Unterwerfung unter den Verträgen steht, deren Verbindlichkeit wir betonen, auch wenn sie nicht unseren Wünschen entsprechen. Das hindert uns aber nicht, offen zu sagen, daß die Formen, in denen die Erfüllung von uns verlangt wird, nicht entsprechen dem Kraftzustand des Landes, daß sie nicht angepaßt sind unseren deutschen Verhältnissen.

### Badische Übersicht.

#### Entwässerung der Weschnitz-Niederung.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Am Samstag, den 2. Juli, fanden seitens des Arbeitsministeriums, des Bezirksamts Weinheim und der Kulturlandinspektion Heidelberg Verhandlungen über die Entwässerung der Weschnitz-Niederung mit den Gemeinderäten von Sulzbach, Gernsbach und Laubendach statt. Der Gemeinderat von Gernsbach erklärte sich, nachdem Baurat Kohler über den abgeänderten Entwurf Vortrag gehalten hatte, einstimmig für die Ausführung der Entwässerung. Die Gemeinde Laubendach, welche einen Teil der Entwässerungsgräben schon ausgeführt hat, hatte der Entwässerung nie Schwierigkeiten in den Weg gelegt und ist auch für den neuen Entwurf.

Auch die Gemeinde Sulzbach, die sich bis jetzt ganz ablehnend verhalten hat, scheint nun ihren Widerstand gegen das wichtige Kulturunternehmen aufgeben zu wollen. Am Sonntag nachmittag fand hierauf im "Schüßenhof" in Gernsbach eine von Regierungsrat Specht geleitete öffentliche Versammlung statt, in der Baurat Kohler den Entwurf in kulturtechnischer und landwirtschaftlicher Hinsicht erläuterte.

In der Besprechung brachten die Gemeindevorsteher von Laubendach und Gernsbach wieder ihre Zustimmung zu dem Unternehmen zum Ausdruck. Neben zahlreichen anderen Rednern traten insbesondere die Vorstände des Bauvereins und der Bürgervereins Gernsbach warm für die Entwässerung des Geländes ein und erklärten, daß sie ihren früheren Widerstand fallen gelassen hätten. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß Hesse der Entwässerung des benachbarten badischen Gebietes auf Grund des abgeänderten Entwurfs keine Schwierigkeiten mehr in den Weg lege, und daß endlich eine Kulturarbeit in Angriff genommen werde, deren Vollendung schon die Väter und Urgroßväter gewünscht hätten.

#### Von der Sonntagspostbestellung auf dem platten Lande

ist kürzlich behauptet worden, daß sie aufgehoben worden sei. Das trifft nicht zu. Sie findet nach wie vor statt. Seit Beginn des Jahres 1920 mußten jedoch wegen der Kostenfrage Einschränkungen in diesem Dienstzweige vorgenommen werden, weil die Sonntagspostbestellung in der Vorkriegszeit so ausgedehnt gewesen war, daß sie nur in ganz kleinen Landorten gerührt hätte. Unter dem Druck der jetzigen fahlen Finanzlage des Reichs, die die Beseitigung aller nicht unbedingt notwendigen Ausgaben dringend erfordert, haben deshalb gemäß einer im Februar 1920 erlassenen Anordnung des Reichspostministeriums die Ober-Postdirektionen in einer Anzahl weniger bedeutender Landorte die Bestellung ausfallen lassen, wobei indes in jedem Einzelfall eingehend geprüft worden ist, ob die Aufhebung nach Lage der örtlichen Verhältnisse ohne Verletzung wesentlicher Interessen der Bevölkerung angängig war. Die Ober-Postdirektionen sind jetzt erneut vom Reichspostministerium aufgefordert worden, bei der Regelung der Sonntagspostbestellung auf dem platten Lande nicht lediglich die Kostenfrage entscheidend sein zu lassen, sondern überall da, wo das wirtschaftliche Interesse der Landbevölkerung es erfordert, mit Einschränkungen zurückzukommen, nötigenfalls auch da, wo die Verhältnisse sich wesentlich ändern, Sonntagspostbestellung wieder einzurichten.

#### Kurze Nachrichten aus Baden.

\* Nr. 36 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Gesetze: über die Redaktionshaftung; über den Verkauf des Wagners; über die Landeselektrizitätsversorgung.

Donndorf, 5. Juli. Die Gemeinde Brunnadern hat ein auf Grund des Vorankaufsrechts erworbenes Landwirtshaus. Anwesen der öffentl. Versteigerung ausgeteilt und dabei einen Gewinn von 27 000 M. erzielt. Für rund 15 Morgen Acker- und Wiesenland wurden über 60 000 M. erzielt.

DZ Freiburg i. Br., 5. Juli. Aus Anlaß der Diözesanprobe in Freiburg wird von Anfang August bis Mitte September in den Ausstellungsräumen des hiesigen Kunstvereins eine Ausstellung für christliche Kunst stattfinden, die sich auf Werke der Malerei und Plastik süddeutscher Künstler beschränkt. Im Oktober erfolgt eine Wiederholung der Ausstellung in Konstanz.

### Das Schloß in Schwetzingen.

(Vortrag gehalten von Ministerialrat Prof. Dr. Hirsch anläßlich des Landtagsausflugs am 2. Juli 1921.)

Wir stehen in Schwetzingen auf uraltm Kulturboden. In den 1700er Jahren sind bei Arbeiten im Park Gräber bloßgelegt worden, die damals als Mönchgräber gedeutet und von Carl Theodor mit einem Denkmal bedacht worden sind. Heute wissen wir, daß es ein alemannisch-fränkisches Reichengräber handelt.

Das Dorf Schwetzingen wird zum erstenmal im Jahre 766 im Lorscher Codex erwähnt. Die Benediktinerabtei Lorsch hatte hier Besitzungen, im 12. Jahrhundert auch das Bistum Speyer. Die Schwetzingen bei Heidelberg. Über die Entstehung pfälzgraflichen Besitzes in Schwetzingen fließen die Quellen spärlich. Im Jahre 1850 ist es Rupprecht I. gelungen, von dem Geselecht der Erligheimer die Zustimmung zu erhalten, daß deren Feste Schwetzingen sein und seiner Erben offenes Haus sein solle. An diesen rechtshistorischen Akt der das Benutzungsrecht im Kriegsfall darstellt (sog. Lehnungsrecht), knüpft sich ein galantes Abenteuer. Elisabeth von Erligheim hatte intime Beziehungen zu Rupprecht I. Als Ziel ihres Ehrgeizes war ihr die höchste weltliche Würde vor Augen gestanden, an der Seite des Kurfürsten als Gattin zu leben. Fast am Ziele angelangt, erreichte sie das Schicksal fürstlicher Wittwen. Durch feierlichen Schwur mußte sie geloben, Land und Leih des Pfalzgrafen zu meiden und im Frieden kaiserlicher Abgesandten als Äbtissin des Stiftes Neuburg ihrem löblichen Begehren zu entsagen. Ludwig III. war es dann gelungen, die Feste in sein unbefränktes Eigentum zu bringen. So sage ausdrücklich "die Feste". Die Besitzenden bedurften eines festen Ortes, an dem sie ihre Habe bergen konnten. Im Altheutschen sind die Worte Berg und Burg gleichbedeutend gebraucht worden. Lagen doch die ältesten, die heute bergenden Burgen in der Regel auf Berggruppen. Wo solche nicht vorhanden waren, wie hier in der Rheinebene, wählte man als festen Sitz eine Insel oder man stellte eine solche künstlich her, indem man einen Wasserlauf — hier die Leimbach — um den Wohnsitz herumführte. Auf solche Weise fand die Wasserburgen entstanden, und eine Wasserburg war die Feste Schwetzingen.

Der Graben ist seit Jahrhunderten ausgefüllt. Mauerteile der Tiefburg bilden aber noch heute den Kern des mittleren Schloßgebäudes. Sichtbare Überreste des mittelalterlichen Schlosses sind ein beim Schloßdurchgang eingemauerter Trag-

stein und eine spitzbogige Tür. Von Bauveränderungen aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts gibt ein eingemauerter Stein Kunde mit der Aufschrift "Palzgr. Ludwig. Churf. 1641." Auch die zwei Erker im zweiten und dritten Stock des nördlichen Turmes sind aus jener Zeit. Im Schloßstein des spätgotischen Nebengebäudes ist das Pfälzer Wappen zu sehen. Im einen Schild ist der Pfälzer Löwe, im zweiten die bayerische Raute, während der dritte Schild nur ein Ornament aufweist. Anlässlich der Thronbesteigung Friedrich II. i. J. 1544 hat Kaiser Karl V. dem Kurfürsten Wappen den Reichsapfel verliehen. Da der Reichsapfel hier fehlt, müssen diese Bauarbeiten vor 1544 stattgefunden haben.

Das fröhliche Treiben in Schwetzingen hat durch den 30jährigen Krieg ein jähes Ende gefunden. Zuerst waren die Bayern unter Tilly hier, dann die Schweden, dann die Kaiserlichen. Schwetzingen war ausgeraubt, aber es stand noch. Den Franzosen blieb es vorbehalten, das Schloß gegen Ende des Krieges niederzubrennen.

Kurfürst Karl Ludwig hat es wieder aufgebaut. Er war in den Reiden des Krieges aufgewachsen. Sein Leben war durch eine harte Schule gegangen. In der Fremde hatten sich bei ihm freigeitliche Ideen befestigt, die Ideen von Volkswohlfahrt und vernünftiger Staatsverwaltung. Als künftlichen Schatz hat er aus der langen Prüfungszeit auf den von religiösen Wirren umtobten Thron die alles Glend verklärnde Gabe der weitherzigsten Toleranz mitgebracht. Sein Toleranzprinzip bildete den Kern der Wiederherstellungsarbeit. Seine Hauptaufgabe war, Leute ins Land zu ziehen. Wer arbeiten wollte und konnte, war willkommen. Es war ihm vergönnt, die belebende Wirkung zu beobachten, welche die aus Holland und Frankreich herübergeleitete Blutmelle auf sein Volk ausübte. Weniger Glück hatte er in der Außenpolitik. Bekannt ist, wie er sein Kind Liselette einem politischen Plan opferte, der sich als Fehler erwies. Unseliger Rechenkünstler, der Schwager werden wollte und Bajall wurde." Als Karl Ludwig im Kriege Frankreichs gegen die große Koalition neutral bleiben wollte, schloß ihm der freundliche Schwager den Turenne auf dem Hals. Seine impulsive Natur gebor das Verlangen, mit dem Gegner abzurechnen. Nicht sein Volk sollte Hütern, er selbst: arifff zum Degen und schloß dem Vicomte de Turenne eine Herausforderung zum Duell. Wenn alle Herrscher diesen Weg gewählt hätten, wären viele Kriege ungeschicklich geblieben, oder doch nicht so blutig verlaufen. Es wäre jeweils nur eines Mannes Leben auf dem Spiel gestanden.

Karl Ludwig hat sich mit seinen außergewöhnlichen Hand-

lungen nicht nur die Sympathien seiner Untertanen erworben, sondern auch in der Geschichte ein Bild der sympathischsten Jüge hinterlassen. Ein Schatten nur fällt auf dieses Bild. Seine Ehe mit Charlotte von Hessen war tief unglücklich. Charlotte war herrlich, stolz und launisch. Den alten Ausdruck des Ehegymnast hatte Karl Ludwigs Beziehungen zur jugendlichen Hofdame Luise von Degenfeld verwirrt. Charlotte hat in eine förmliche Geshcheidung nie gewilligt. Aber sie konnte es nicht verhindern, daß er den Bund mit Luise von Degenfeld durch einen lutherischen Pfarrer eingesehnet ließ. Mit ihr und der zahlreichen Kindercharme, die diesem Liebesbündel entsprossen, fand er das heiß ersehnte Familien Glück. Da in der Residenz Heidelberg die Sorgen des Regierens und die legitime Gattin hindern im Wege standen, war ihm Schwetzingen der geeignete Ort für das Liebesidyll, und in Erinnerung an das galante Abenteuer Rupprecht I. mit Elisabeth von Erligheim und da auch später unter Karl Theodor Schwetzingens Park zum Liebesgarten wurde, möchte man glauben, daß der genius loci von Schwetzingen den Wahlpruch führte, "herzég la femme". Für Luise von Degenfeld hat Karl Ludwig die Feste Schwetzingen wieder ausbauen lassen, die aber auch dann noch lediglich den Charakter eines besetzten Jagd- und Landhofes behielten hat.

Eine einschneidende Veränderung erfuhr das Schloß erst unter Johann Wilhelm. Mit ihm treten wir in das Zeitalter des repräsentativen Schloßbaues. Die Erweiterung nach Westen um 1708 hatte zur Folge, daß die alte Außenmauer der einstigen Wasserburg Innenward geworden ist. Dem gesteigerten Raumbedarf wurde durch Aufsetzen eines 4. Stockwerkes und weiter durch die Anlage der beiden zweiflügeligen Flügelbauten i. J. 1715 Rechnung getragen. Durch diese einen Ehrenhof umschließenden Flügelbauten erst hat Schwetzingen den typischen Charakter der Schloßanlagen à la Versailles erhalten. Als Architekten dieses Bauabchnittes nennt Sibill den kurfürstlichen Baumeister Breunig. Es ist derselbe, den ich in der Schreibweise Breunig als Baumeister der Domus Wilhelmina in Heidelberg festgestellt und in die Kunstgeschichte eingeführt habe.

Noch hatte dem neuen Schloß die organische Beziehung zur Umgebung gefehlt. Durch die Anlage einer geraden Allee nach Heidelberg und durch die von Karl Philipp erbaute, heute nicht mehr vorhandene Orangerie an Stelle des großen Hofes, von deren Großartigkeit man sich einen Begriff machen mag, wenn man hört, daß Breunig bis zum Jahre 1726 für dieses Bauwerk mehr als 270 000 fl. verausgabt hat, ist der Schloßanlage die große Achse, das Rückgrat gegeben worden.



# Städtisches Konzerthaus.

## Der letzte Walzer.

Donnerstag, den 7. Juli, 7-1/2 Uhr. Mk. 12.20

**Bürgerliche Rechtspflege.**  
**a. Streitige Gerichtsbarkeit.**  
**33. Baden.** über das Vermögen der Firma Josef Schmitt Nachfolger, Inhaber Andreas Schleid, Installationsgeschäft in Baden, Stefanienstr. 27, wurde heute am 5. Juli 1921, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.  
 Rechtsanwalt Schäfer in Baden-Baden ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 3. Oktober 1921 bei dem Gerichte anzumelden.  
 Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte — Zimmer 17 — zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des Konkursverfahrens oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 des Konkurs-

**Konkursverfahren.**  
**30. Waldshut.** Im Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Witwe Mutter und Söhne in St. Blasien soll Schlussverteilung erfolgen.  
 Verfügbar sind 2663,01 M., zu berücksichtigen sind 827,51 M. bevorrechtigte und 10 821,52 M. nichtbevorrechtigte Forderungen. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen kann auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts St. Blasien eingesehen werden.  
**Waldshut, 2. Juli 1921.**  
**Der Konkursverwalter:**  
 S c h e i t,  
 Rechtsanwalt.  
 Zur Erweiterung der Wagenwerkstätte in Offenburg sind nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben: Grab- u. Mauersarbeiten (500 cbm Erd- aushub, 200 cbm Zement- betonboden, 850 qm Zement- mauerwerk, 100 m Entwässerung); Steinbauarbeiten (5 cbm rotes Stein- material); Zimmerarbeiten

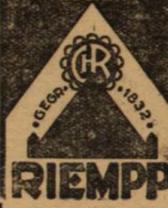
(135 cbm Bauholz, 180 qm Wandbelage, 1200 qm Dachdeckung); Dachdeckerarbeiten (1200 qm Klebe- bach); Klebnerarbeiten (100 m Dachinnen, 150 qm Klebverbräunungen); Schloß- ferarbeiten; Verputzarbeiten (250 qm Wendenputz, 800 qm Wandverputz) Glaser- arbeiten; Nitloze Bedach- ung (350 qm) Schreinerar- beiten (Bodenbelage 250 qm); Pfisterarbeiten (140 qm); und Aufreißerarbeiten. Die Bedingungen liegen auf dem Dienstzimmer unserer Hoch- baubauverwaltung zur Ein- sicht auf. Angebotsvordrucke 4 Wochen. 3.938.2.2. Offenburg, Juni 1921. Bahnbaupolizei.

**Zentral-Güterrechtsregister für Baden.**  
**Konstanz.** 24 Güterrechtsregister Bd. II S. 288: Hege, Fried- rich, Rentner und Inge- nieur in Konstanz, und Gertrud geb. Böhm. Ver- trag vom 30. Mai 1921: Gütertrennung.  
**Güterrechtsregister Bd. II S. 289:** Krüger, Ge- org, Kaufmann in Kon- stanz, und Lydia geborene Mayer. Vertrag vom 20. Juni 1921: Erungen- schaftsgemeinschaft. Vor- behaltsgut der Frau ist das in § 4 des Ehevertrages bezeichnete Vermögen. Konstanz, 30. Juni 1921. **Bad. Amtsgericht 1.**  
**Rastatt.** 53 In das Güterrechtsregi- ster Band II Seite 258 wurde heute eingetragen:

Klein, Wilhelm, Gastwirt, und dessen Ehefrau Karo- line geb. Karcher in Ras- tatt. Vertrag vom 28. Juni 1921. Gütertren- nung gemäß §§ 1426 ff. BGB. unter Aufhebung der Verwaltung und Auf- hebung des Mannes an dem Vermögen der Frau. Rastatt, 1. Juli 1921. **Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**  
**Schweigenen.** 54 Güterrechtsregister ein- trag Band II. Seite 376: Stadt, Ge- org Alois, Schlosser in Schweigenen, u. Martha geb. Fadel. Vertrag vom 15. Juni 1921. Erungen- schaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Ehe- frau.  
**Weinheim.** 961 Güterrechtsregister ein- trag Band I Seite 444: Charbon, Adam, Baum- eister in Weinheim, und Maria Elisabetha gebore- ne Schmidt. Vertrag vom 20. Mai 1921. Erungen- schaftsgemeinschaft. Weinheim, 20. Juni 1921. **Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.**

Die Angebote sind ver- schlossen und postfrei mit der Aufschrift . . . . . ar- beiten zur Erweiterung d. Wagenwerkstätte bis An- wendung, den 14. Juli 1921, vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. 3.938.2.2. Offenburg, Juni 1921. Bahnbaupolizei.

**Verlangen Sie überall**



**RIEMPP**

**fst. geröst. Kaffee**  
 verschied. Preislagen  
 offen u. abgepackt

**Mischung**  
 mit 10-25-50%  
 Bohnenkaffee  
 1/2 Pfd. Pakete

**Kaffee- Zusatz**  
 beste Rohstoffe  
 1/2 Pfd. Pakete.

**CHRISTIAN RIEMPP**  
 KARLSRUHE  
 KAFFEE-IMPORT-GROSSROSTEREI  
 COLOMBIENWAREN-GROSSHANDLUNG  
 ESSIG-SENSIVFABRIK  
 GEWÜRZMÜHLEN

**Sie erhalten Qualität!**

# Colonia, Kölnische Feuer- u. Kölnische Unfall-Versicherungs-Alt.-Ges. Köln a. Rh.

Bilanz für den Schluß des Geschäftsjahres 1920.

A. Aktiva.		B. Passiva.	
M	P	M	P
Forderungen an die Aktionäre für noch nicht eingezahltes Aktienkapital		Aktienkapital	12 825 000
Sonstige Forderungen:		Überträge auf das nächste Jahr, nach Abzug des Anteils der Rückversicherer:	
a) Rückstände der Versicherten		Prämienreserven:	
b) Rückstände bei General-Agenten bezw. Agenten	8 828 166 17	Deckungskapital für laufende Renten	1 112 131 85
c) Guthaben bei Banken	20 552 276 21	Prämienrücklageverreserve	244 339 72
d) Guthaben bei andern Versicherungsunternehmungen	12 728 813 10	Prämienreserve für lebenslängliche Eisenbahnunfall- und Dampfschiffunglücks-Versicherungen	923 496 33
e) Im folgenden Jahre fällige Zinsen, soweit sie anteilig auf das laufende Jahr treffen	241 048 09	Prämienüberträge: Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Sturm- schäden, Glas-, Wasserleitungsschäden, Transport-, Kautions- und Garantie-Versicherung	10 926 289 75
f) Saldo verschiedener Abrechnungen	5 187 70	Unfall- und Haftpflichtversicherung	7 171 003 32
Rassenbestand		Schadenreserve: Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Sturm- schäden, Glas-, Wasserleitungsschäden, Transport-, Kautions- und Garantie-, sowie sonstige (Maschinen-) Versicherung	3 491 134 45
Kapitalanlagen:		Unfall- und Haftpflichtversicherung	3 586 680 84
a) Hypotheken und Grundschulden	14 104 800	Sonstige Passiva:	
b) Wertpapiere	11 531 562 50	a) Guthaben anderer Versicherungsunternehmungen	23 263 552 34
c) Darlehen auf Wertpapiere		b) Guthaben von Banken	114 314 20
d) Wechsel		c) nicht erhobene Dividenden	114 897
Grundbesitz		d) Organisationsfonds	681 182 14
Inventar		e) Versorgungskasse für die Beamten	1 762 537 14
Sonstige Aktiva		f) Steuerreserve	1 316 919 91
		g) hinterlegte Prämienreserve	66 685 19
		h) Saldo verschiedener Abrechnungen	560 710 56
		Kapital-Reservefonds	4 000 000
		Spezialreserven für unvorhergesehene Fälle	6 922 290 43
		Gewinn	3 278 571 70
Gesamtbetrag	82 361 736 55	Gesamtbetrag	82 361 736 55

Köln, den 10. Juni 1921.

Der Vorstand:

André Dr. Ferdinand Esser Günter Dr. Sahn Hülshelrath.

R. 396

# Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit

## vormalis Allgemeine Versorgungsanstalt.

Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1920.

A. Einnahmen.		B. Ausgaben.	
M	P	M	P
I. Überträge aus dem Vorjahre		I. Zahlungen für unerledigte Versicherungsfälle d. Vorjahre geleistet	230 908 49
II. Prämien für:		zurückgestellt	105 978 96
1. selbst abgeschlossene Versicherungen	55 462 291 45	II. Zahlungen für Versicherungs- verpflichtungen im Geschäftsjahre: geleistet	1 957 264 65
2. in Rückdeckung übernommene Versicherungen	12 538 83	zurückgestellt	244 634 73
III. Kapitalerträge	177 900 92	III. Vergütungen für i. Rück- deckung übernommene Ver- sicherungen	4532 01
IV. Gewinn aus Kapitalanlagen	6 125 59	IV. Zahlungen für vorzeitig auf- gelöste Versicherung (Rückkauf)	764 823 41
V. Vergütung der Rückversicherer	17 918 84	V. Dividenden an Versicherte: aus Vorjahren: abgehoben	91 338 92
VI. Sonstige Einnahmen	45 484 44	nicht abgehoben	246 162 48
	420 480 514 25	Übertrag	264 886 63 65

C. Abschluß.	
M	P
Gesamteinnahmen	420 480 514 25
Gesamtausgaben	415 875 359 11
Überschuß	4 605 155 14

D. Verwendung des Überschusses.	
M	P
I. An die allgemeine Rücklage	250 000
II. An den Rückgeldstock	200 000
III. An die Überschuldung der Versicherten	4 155 155 14
	4 605 155 14

# Vermögensübersicht auf 31. Dezember 1920.

A. Werte.	
M	P
I. Grundbesitz	178 000
II. Hypotheken	181 802 272 75
III. Darlehen an öffentliche Kör- perschaften	12 477 559 53
IV. Darlehen auf Wertpapiere	12 284 33
Übertrag	308 370 147 61

B. Verpflichtungen.	
M	P
I. Allgemeine Rücklage	109 372 97
II. Deckungskapital	324 065 677 30
III. Rückstellung für schwebende Versicherungsfälle	350 612 69
IV. Überschuldung	22 694 601 93
V. Sonstige Rücklagen und Zu- rückstellungen	17 654 049 58
VI. Rückstellungen	584 691 26
VII. Sonstige Verpflichtungen	324 618 55 54
VIII. Überschluß	4 605 155 14
	406 658 873 41

Karlsruhe, den 30. Juni 1921.

Der Vorstand.

Simmig.

R. 400

**Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.**

Loose sind nur vorüber- gehend vergriffen. Samstag, den 9. Juli treffen wieder Loose ein. Ziehung am 12. und 13. Juli 1921. 1/5 = 10 Mark. R. 405

**Wettstein, vorm. Pecher**  
 Lotterie-Einnahme  
 Karlsruhe, Birkel 30 (ab 14. Juli Birkel 24) und Kronen- straße 56. Fernruf 4725. Postfachkonto 27462.

**Sahnhoffbank- raum in Durlach**  
 sofort zu vergeben. Pacht- angebote mit Reumunds- u. Vermögenszeugnis un- ter „Pacht Sahnhoffbank- raum Durlach“ bis 15. Juli 1921 verschlossen an Betriebsinspektion Karls- ruhe, bei der Bedingun- gen erhältlich. 2. Juli 1921. R. 396  
 Eisenbahn-Generaldirektion.